

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lebensmittel gehören nicht in den Müll

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2013 in einem Bericht darzulegen, in welchem Umfang und aus welchen Gründen in Berlin jährlich Lebensmittel weggeworfen werden und wie sich diese Zahlen im bundesweiten Vergleich darstellen;
2. einen „Runden Tisch gegen Lebensmittelverschwendung“ mit Vertreter/-innen aus Landwirtschaft, Lebensmittelproduzent/-innen und Lebensmittelhändler/-innen, Wohlfahrts- und Verbraucherschutzverbänden nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens einzurichten, mit dem Ziel, für Berlin wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu entwickeln;
3. durch eine Aufklärungskampagne bei den Berliner Verbraucher/-innen dazu beizutragen, dass es zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Lebensmitteln kommt;
4. sich dafür einzusetzen, dass Handelsnormen, die nicht die Genießbarkeit der Produkte betreffen, abgeschafft werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2013 zu berichten.

Begründung:

Jedes Jahr werden in Deutschland über 15 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen, zugleich leiden circa 950 Millionen Menschen weltweit an Hunger. Das ist ökonomisch, ökologisch, sozial und ethisch nicht zu vertreten. Die Lebensmittelverschwendung in den Industriestaaten verstärkt dabei Hunger und Lebensmittelknappheit im globalen Süden. Zum einen führt der Import von Nahrungsmitteln aus diesen Ländern häufig dazu, dass vor Ort Nahrungsmittel fehlen und die Anbauflächen für den Export und nicht für die Versorgung der eigenen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Zum anderen führen Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln zu unnötigem Flächenverbrauch in der Landwirtschaft, verstärkter Umweltbelastung und dem Verbrauch von Ressourcen wie Wasser, Energie und Verpackungsmaterialien. Zudem begünstigen sie industrielle Formen der Landwirtschaft. Wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sind notwendig, um sowohl den weltweiten Hunger zu mindern, als auch Umweltschäden zu verringern.

Vor diesem Hintergrund hat der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Verschwendung von Lebensmitteln bis 2025 um die Hälfte zu reduzieren. Die Bundesregierung will dieses Ziel sogar schon 2020 erreichen.

Dafür bedarf es zunächst eines umfassenden Berichts über Umfang und Ursachen der Lebensmittelverschwendung in Berlin gerade auch in der Lebensmittelproduktion und im Lebensmittelhandel. So wird der Bereich der Landwirtschaft in der vom BMELV initiierten Studie überhaupt nicht erfasst, obwohl hier Millionen Tonnen Obst und Gemüse vernichtet werden, weil sie vom Lebensmittelhandel aufgrund bestimmter Größenformen und Schönheitsideale nicht akzeptiert werden.

Aufgabe des Runden Tisches, der alle Beteiligten – Landwirtschaft und Produzenten, Politik, Handel und VerbraucherInnen – zusammenbringen soll, wird es sein, wirksame Konzepte und Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung in Berlin zu entwickeln. So wirft jeder Supermarkt im Durchschnitt täglich 50 Kilogramm Lebensmittel weg. Supermärkten angeschlossene Bäckereien sind häufig vertraglich verpflichtet, bis 18:30 das volle Ladensortiment an Backwaren anzubieten. Die Folge ist, dass viele nicht mehr verkaufte Lebensmittel auf dem Müll landen, wenn um 20 Uhr die Türen geschlossen werden. Ungefähr 500.000 Tonnen Backwaren pro Jahr werden entsorgt, mancherorts sogar in Form von Brotpellets zum Heizen der Backöfen. Doch selbst wenn Lebensmittel nicht mehr verkauft werden können, haben sie einen Wert. Daher sollte auch die Verbesserung der Verteilung von überschüssigem Essen in Berlin ein Thema sein. Weiterhin könnten kleinere Verpackungseinheiten helfen, Verbraucherinnen und Verbraucher bei einem nachhaltigen und verantwortungsbewussten Einkauf zu unterstützen. Im Hinblick auf die steigende Zahl an Single-Haushalten in Deutschland (in Berlin mehr als die Hälfte der Haushalte) ist dies dringend nötig.

Von zentraler Bedeutung sind darüber hinaus Information und Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Kampagne des BMELV „Zu gut für die Tonne“ ist zwar in ihrer Zielsetzung zu begrüßen, reicht aber nicht aus. Es bedarf der Ergänzung und Konkretisierung für die Berlinerinnen und Berliner, z.B. mit Hinweisen auf Initiativen vor Ort wie etwa in der „Markthalle IX“. Nach einer FORSA-Umfrage aus dem vergangenen Jahr, werfen Verbraucherinnen und Verbrauchern Lebensmittel vor allem deswegen weg, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist oder die Ware verdorben ist (84 Prozent der Be-

fragten). 19 Prozent nennen darüber hinaus zu große Packungen als Hauptgrund. Immerhin 69 Prozent der Befragten gaben an, dass sie beim Wegwerfen von Lebensmitteln ein schlechtes Gewissen haben. Von der Planung des Einkaufs über das richtig Lagern von Vorräten bis zum Kochen mit Resten. Nicht zuletzt sollte die Verschwendung von Lebensmitteln und deren ökologische und wirtschaftliche Folgen auch ein Thema im Schulunterricht werden. Das europäische Parlament will das Jahr 2014 zum Europäischen Jahr gegen Nahrungsmittelverschwendung erklären – Berlin sollte schon heute mit gutem Beispiel vorangehen.

Erforderlich ist schließlich die Überarbeitung des Begriffs des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD): Dieses Datum wird vom Hersteller selbstständig festgelegt und soll dem Kunden einwandfreie Qualität im angegebenen Zeitraum für das erworbene Produkt garantieren. Haftungsansprüche gegenüber den Herstellern bestehen in Hinblick auf das Datum aber nicht. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher gehen dagegen irrtümlich davon aus, dass es sich beim MHD um ein Verfallsdatum handelt.

Berlin, den 15. Januar 2013

Pop Kapek Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen